

Hemmersheim, 12. März 2024

Az.: 42-6323-0006-2014-se

B E K A N N T M A C H U N G

**Vollzug der Wassergesetze und des Bayer. Verwaltungsverfahrensgesetzes;
Kläranlage Gülchsheim;
Wasserrechtliches Verfahren für die Erteilung der gehobenen Erlaubnis zum Einleiten von
behandeltem Abwasser aus der Kläranlage Gülchsheim (Grundstück Fl. Nr. 2121, Gemarkung
Gülchsheim) sowie von Mischwasser (Grundstück Fl. Nr. 2120, Gemarkung Gülchsheim) in
das Gewässer Riedbach (Grundstück Fl. Nr. 2130, Gemarkung Gülchsheim);
Gemeinde Hemmersheim; Landkreis Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim**

Die Gemeinde Hemmersheim hat die Erteilung einer gehobenen Erlaubnis für das Einleiten von
behandeltem Abwasser aus der Kläranlage Gülchsheim sowie von Mischwasser beantragt.

Die Einleitung von Abwasser und Mischwasser stellt jeweils eine Gewässerbenutzung i. S. v.
§ 9 Abs. 1 Nr. 4 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) dar und bedarf daher zur Durchführung eines
wasserrechtlichen Erlaubnisverfahrens (§§ 10, 15 Abs. 2, 11 Abs. 2 WHG).

Da es sich um eine Maßnahme im öffentlichen Interesse handelt, ist die Erteilung einer gehobenen
Erlaubnis gem. § 15 WHG vorgesehen.

Das Vorhaben wird hiermit gem. Art. 69 Satz 2 BayWG i. V. m. Art. 73 Abs. 5 BayVwVfG bekannt
gemacht.

Die Pläne liegen 1 Monat vom **22. März 2024 bis 22. April 2024** (einschließlich der genannten Tage)
bei der Verwaltungsgemeinschaft Uffenheim und im Landratsamt Neustadt a.d.Aisch-Bad Winds-
heim, Konrad-Adenauer-Str. 1, 91413 Neustadt a.d.Aisch (Zimmer A 213) während der üblichen
Dienststunden zur Einsichtnahme aus (Art. 69 Satz 2 BayWG, Art. 73 Abs. 3 Satz 1 BayVwVfG).

Die Antragsunterlagen einschließlich des Bekanntmachungstextes stehen parallel auch auf dem In-
ternetauftritt des Landratsamtes Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim unter dem Link www.kreis-nea.de/qr/27a zur Verfügung. Nur die in der ortsüblichen Bekanntmachung enthaltenen Angaben
und die bei der Verwaltungsgemeinschaft Uffenheim ausgelegten Papierunterlagen sind rechtsver-
bindlich!

Jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann Einwendungen dagegen bis spä-
testens 2 Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist schriftlich oder zur Niederschrift bei der Verwal-
tungsgemeinschaft Uffenheim und im Landratsamt Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim, Konrad-
Adenauer-Str. 1, 91413 Neustadt a.d.Aisch (Zimmer A 213) erheben (Art. 69 Satz 2 BayWG, Art. 73
Abs. 4 Satz 1 BayVwVfG).

Vereinigungen, die auf Grund einer Anerkennung nach anderen Rechtsvorschriften befugt sind,
Rechtsbehelfe nach der Verwaltungsgerichtsordnung gegen die beantragte gehobene Erlaubnis ein-
zulegen, können innerhalb der Einwendungsfrist Stellungnahmen zu dem Plan abgeben.

Einwendungen per E-Mail genügen nicht dem Schriftformerfordernis und sind daher unwirksam!

Bei Einwendungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in
Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden, ist ein Unterzeichner mit Name, Beruf
und Anschrift als Vertreter der übrigen Unterzeichner für das Verfahren zu bezeichnen, soweit er

nicht von ihnen als Bevollmächtigter bestellt ist. Vertreter können nur natürliche Personen sein. Diese Angaben müssen deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten sein (vgl. Art. 17 Abs. 2 BayVwVfG).

Diejenigen, die Einwendungen erhoben haben bzw. deren Vertreter oder Bevollmächtigte, werden von dem Erörterungstermin gesondert benachrichtigt. Falls mehr als 50 solche Benachrichtigungen vorzunehmen sind, können diejenigen, die Einwendungen erhoben haben, von dem Erörterungstermin durch öffentliche Bekanntmachung benachrichtigt werden.

Bei Ausbleiben eines Beteiligten im Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen (Art. 73 Abs. 4 Satz 3 BayVwVfG).

Verspätet eingegangene Einwendungen werden demnach nicht mehr berücksichtigt.

Durch Einsichtnahme in den Plan, durch Erhebung von Einwendungen und durch Teilnahme am Erörterungstermin entstehende Aufwendungen werden nicht erstattet.

Die Zustellung der Entscheidung im wasserrechtlichen Bescheid kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 50 Zustellungen vorzunehmen sind.

.....
1. Bürgermeister